



Für einen Neuen Generationenvertrag!

Hans-Jürgen Urban, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, erwartet eine längerfristige Auseinandersetzung um die Alterssicherung.

Frage: Der IG Metall-Vorstand hat eine »Initiative für einen Neuen Generationenvertrag« und ein »5-Punkte-Programm« beschlossen. Mit welchem Ziel?

Urban: Wir wollen die Debatten um die Alterssicherung aufgreifen, die Position der IG Metall weiter entwickeln und öffentlich Stellung beziehen.

Frage: Geht es um die Verteidigung der gesetzlichen Rentenversicherung?

Urban: Eine Verteidigung der heutigen Alterssicherung greift zu kurz, notwendig ist eine grundlegende Erneuerung.

Wesentliche Elemente des Rentenversicherungssystems, wie die paritätische Umlagefinanzierung, sind nach wie vor sinnvoll. Doch der Gesetzgeber hat das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente soweit gesenkt, dass es in Zukunft nicht mehr ausreicht. Für die meisten Menschen kann die entstandene Lücke nicht durch die betriebliche Altersversorgung oder gar durch Privatvorsorge geschlossen werden.



Frage: Ist das nicht etwas zu schwarz gemalt? Experten sagen, dass Altersarmut nicht das gesellschaftliche Problem sei.

Urban: Wer das sagt, übersieht – gewollt oder ungewollt –, dass viele Änderungen im Rentenrecht erst in der Zukunft ihre volle Wirkung entfalten. Ein Beispiel: Wer heute als Facharbeiter mit 65 Jahren nach 40 Jahren durchschnittlich bezahlter Arbeit in die Rente geht, bekommt rund 950 Euro Rentenzahlbetrag in Westdeutschland. In Ostdeutschland sind es knapp 100 Euro weniger.

Im Jahr 2030 erhalten die Rentnerinnen und Rentner nach heutigen Werten nur noch etwa 700 Euro. Und Menschen, die im Niedriglohnssektor gearbeitet haben oder län-



- 1 »Alle rein ins Solidarsystem« – Für eine solidarische Erwerbstätigenversicherung**
- 2 Lebensstandardsicherung und Armutsvermeidung – beides muss drin sein**
- 3 Betriebsrenten für alle**
- 4 Flexible Altersübergänge ermöglichen und auf »Rente mit 67« verzichten**
- 5 Guter Lohn für gute Rente!**

Das ganze Programm gibt es bei jeder IG Metall-Verwaltungsstelle und im Internet unter www.igmetall.de.

gere Zeit arbeitslos waren, bekommen noch weniger. Im Klartext: Altersarmut ist für viele vorprogrammiert.

Frage: Worin besteht die Lösung?

Urban: Wir wollen eine Erwerbstätigenversicherung. Beamte, alle Selbständigen und Freiberufler sowie Parlamentarier müssen schrittweise in diese Versicherung einbezogen werden. Das Leistungsniveau muss angehoben werden. Zusätzlich brauchen wir eine verbesserte betriebliche Altersversorgung. Sie muss für alle Beschäftigten zugänglich sein.

An der Finanzierung müssen sich die Arbeitgeber beteiligen. Außerdem muss die Lage auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Über 20 Prozent der Menschen arbeiten zu Niedriglöhnen und selbst im Aufschwung sind über drei Millionen Menschen als arbeitslos registriert. Darum wollen wir eine aktive Beschäftigungspolitik des Staates und Mindestlöhne.

Frage: Wie sieht die Umsetzung der politischen Forderungen aus?

Urban: Es kommt darauf an, in einer breiten öffentlichen Debatte gesell-

schaftliche Bündnispartner zu gewinnen. Wir werden die Ergebnisse dieser Diskussionen in einem rentenpolitischen Memorandum bündeln. Dies ist die Grundlage für die Positionierung der IG Metall mit Blick auf die Bundestagswahl.

Unsere Mitglieder, aber auch andere gesellschaftliche Akteure, haben ein Recht darauf, dass sich die Gewerkschaften klar positionieren. Wir werden in die politische Auseinandersetzung gehen und um Mehrheiten werben. ■

Altersarmut droht!

»Kein Rentner fällt bei uns in wirkliche Armut, denn dort, wo die Rente nicht ausreicht, gibt es die Grundsicherung.«

(Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, am 2. Mai 2008 in der Bild-Zeitung)

Das Thema Altersarmut ist von hoher Brisanz und bereits jetzt Gegenstand heftiger politischer Auseinandersetzungen. Zum einen wird versucht, das Problem kleinzureden. Zum anderen wird es instrumentalisiert, um einen Keil zwischen die Generationen zu treiben. Viel zu geringe Rentenanpassungen für die Bestandsrentner und die sinkende durchschnittliche Rentenhöhe bei den Zugangsrentnern

zeigen bereits jetzt sehr problematische Entwicklungen in der Alterssicherung. Es besteht die Gefahr, dass Altersarmut wieder zu einem Massenphänomen in Deutschland wird. Zwar liegen bislang nur Prognosen vor.

Doch sicher wird die Zahl derjenigen, die von Altersarmut betroffen sein werden, in den kommenden Jahren deutlich ansteigen. Wesentliche Ursache sind Langzeitarbeitslosigkeit und die Ausbreitung des Niedriglohnsektors. Hinzu kommt die Rentenpolitik der vergangenen Jahre.

armutsgefährdet als ältere Männer. Die bisher eher geringe Betroffenheit zeigt sich auch anhand der niedrigen Zahl der Bezieherinnen und Bezieher der Grundsicherung im Alter: 2,3 Prozent aller 64-Jährigen nahm diese Ende 2006 in Anspruch. Allerdings ist hier bereits eine steigende Tendenz zu beobachten.

Außerdem ist davon auszugehen, dass ein größerer Teil der Anspruchsberechtigten aus Scham auf die Leistung verzichtet.

Eine rasche Umkehr ist dringend nötig. Das Versorgungsniveau muss angehoben und zusätzliche Maßnahmen zur Armutsvermeidung im Alter ergriffen werden. Zur Armutsvermeidung fordert die IG Metall

konkret: **höhere Rentenanwartschaften für Langzeitarbeitslose, Aufwertung der Rentenbeiträge für Niedrigverdiener und eine deutliche Erhöhung der Grundsicherung im Alter.** ■

Hauptursachen des steigenden Armutspotenzials im Alter

Entwicklungen am Arbeitsmarkt

- Langzeitarbeitslosigkeit
- Teilzeitbeschäftigung
- Niedriglöhne
- Mini-Jobs
- Solo-Selbständigkeit

Senkung des Rentenniveaus

- Entkopplung der Renten von der (Netto)-Lohnentwicklung
- Verabschiedung vom Ziel der Lebensstandardsicherung
- Teilprivatisierung der Risikoabsicherung

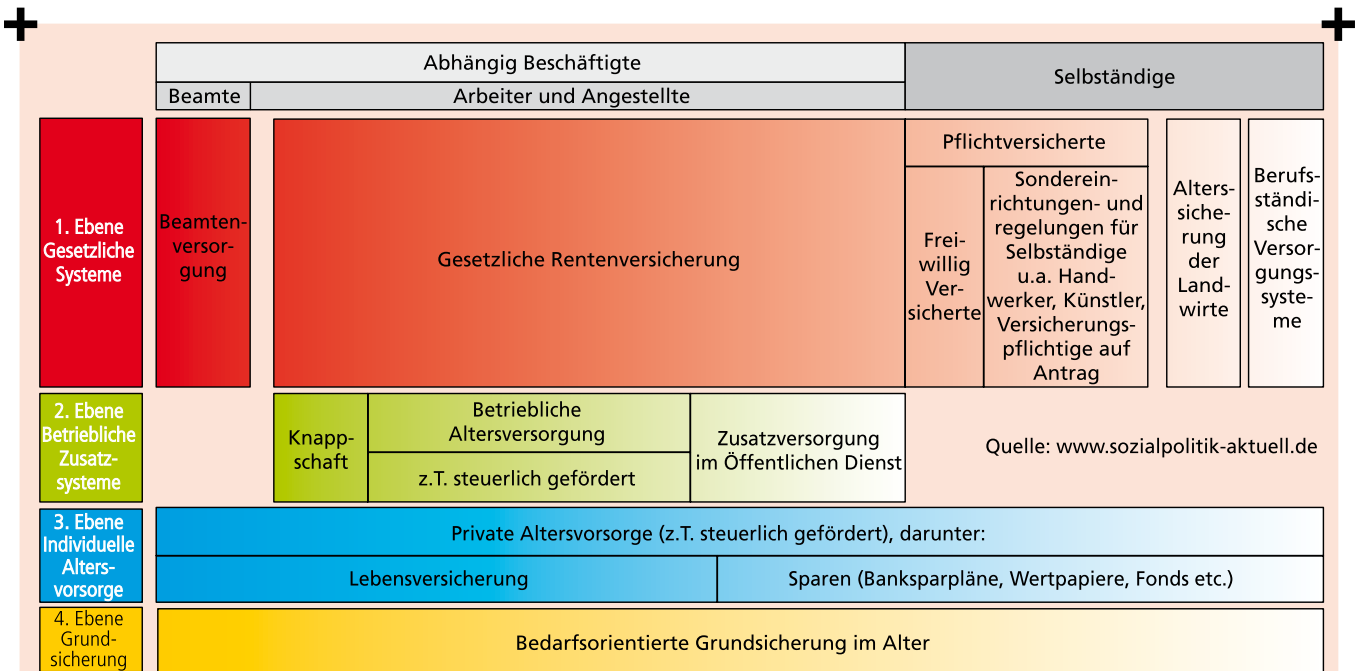
Heute ist das Armutsrisiko älterer Menschen noch vergleichsweise gering. 2003 lag es bei Rentnern und Pensionären bei 11,8 Prozent und damit unter der Gesamtbevölkerung. Ältere Frauen sind deutlich häufiger

Erwerbstätigenversicherung

Heute ist die Alterssicherung in unterschiedliche Systeme unterteilt. Während der Großteil der Menschen gesetzlich rentenversichert ist, können

Versorgungswerken organisieren können. Ein Teil der Selbständigen ist nicht versichert. Die Folgen: Ein Teil der Menschen ist nicht ausreichend

der Erwerbstätigenversicherung entgegen. Schrittweise sollen alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden.



einige Gruppen auf andere Formen der Alterssicherung zurückgreifen. Zu nennen sind die Beamten und Parlamentarier. Sie erhalten eine staatliche Versorgung, ohne hierfür eigenständig Beiträge entrichtet zu haben. Zudem gibt es Berufe, z. B. Ärzte, Apotheker und Rechtsanwälte, die sich in so genannten berufsständischen

gesichert, ein anderer ist gut bis sehr gut versorgt. Dies ist weder gerecht, noch entspricht es den Anforderungen an eine nachhaltige Finanzierung der Alterssicherung.

Dem setzt die IG Metall gemeinsam mit den anderen DGB-Gewerkschaften und Sozialverbänden das Konzept

Die Folge: Mehr Schutz für alle und gerechte und nachhaltige Finanzierung. Je nach Ausgestaltung können bis zu 1,7 Beitragssatzpunkte in der gesetzlichen Rentenversicherung eingespart werden, ohne dass das Sicherungsniveau gesenkt werden müsste. Allein dies ist ein guter Grund zur Einführung einer Erwerbstätigenversicherung. ■

Betriebliche Altersversorgung

Betriebliche Altersversorgung ist als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung ein sinnvolles Instrument. Sehr viele Menschen haben keine Erwerbsbiographie von mehr als vierzig Versicherungsjahren. Um ihnen gleichwohl im Alter eine Lebensstandardsicherung zu ermöglichen, ist auch im Konzept der IG Metall betriebliche Altersversorgung notwendig. Das Problem bisheriger betrieblicher Altersversorgung ist aber, dass sie in zu

starkem Maße auf westdeutsche Großbetriebe zugeschnitten ist und Frauen manchmal faktisch von Versorgungsleistungen ausgeschlossen sind. Hinzukommt, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihre betriebliche Altersversorgung in immer stärkerem Maße allein finanzieren müssen. Der Beitrag der Arbeitgeber schrumpft.

Gegen diese Schieflage wendet sich die IG Metall. Sie will ein so genanntes

Arbeitgeber-Obligatorium. Das heißt, die Arbeitgeber sollen mit bezahlen und verpflichtet werden, allen Beschäftigten eine betriebliche Alterssicherung anzubieten.

Würden die Vorschläge der IG Metall umgesetzt, wäre betriebliche Altersversorgung kein Ersatz für die gesetzliche Rente. Sie würde diese ergänzen und eine bessere Versorgung der gesamten Bevölkerung ermöglichen. ■

Einwände und Entgegnungen

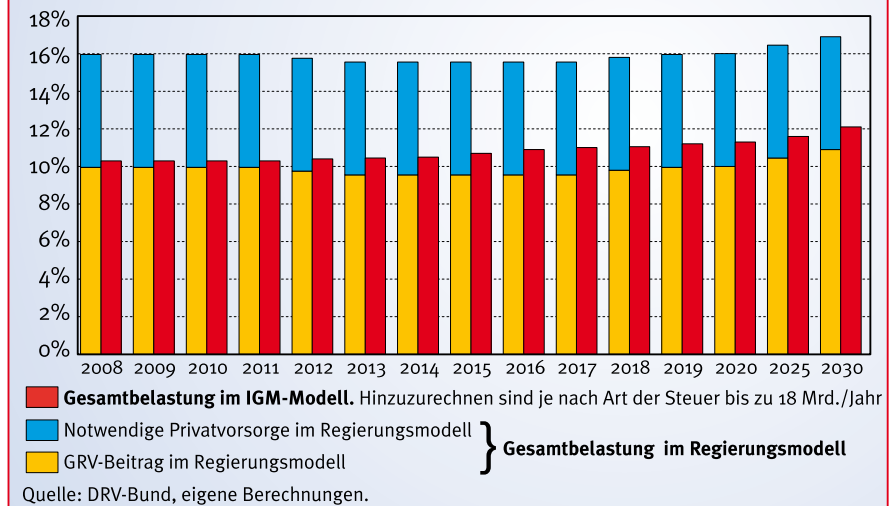
Der Belastungseinwand

»Die Belastung der Beschäftigten durch Rentenversicherungsbeiträge ist zu hoch. Der Beitragssatz muss langfristig auf 22 Prozentpunkte begrenzt werden«, wird behauptet.

Nach den Vorstellungen der IG Metall wird der Rentenversicherungsbeitrag langsam auf maximal 24 Prozentpunkte ansteigen. Hinzu kommt ein zusätzlicher Steuerzuschuss für die Rentenversicherung der jährlich etwa 18 Milliarden Euro betragen würde. D.h. die Beschäftigten zahlen dann 12 Prozent Rentenversicherungsbeitrag und möglicher Weise – je nach Ausgestaltung – etwas höhere Steuern. Dafür gibt es im Alter eine armutsvermeidende und lebensstandardsichernde Rente.

Das Regierungskonzept würde die Beschäftigten zwar nur mit 11 Prozent Beitragssatz zur gesetzlichen Rente

Belastung der Beschäftigten bis 2030 (Beitragssatz)



belasten. Aber: um den Lebensstandard zu sichern, sind zusätzliche Aufwendungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Umfang von 6 Beitragssatzpunkten erforderlich.

Fazit: Tatsächlich führt das IG Metall-Konzept zu einer Entlastung der Beschäftigten.

Der Durchsetzbarkeitseinwand

»Eure Konzepte mögen gut und richtig sein, sie sind aber nicht durchsetzbar«, wird eingewandt.

Die Gewerkschaften haben mit ihren Aktivitäten gegen die »Rente mit 67« und ihrer Ablehnung der Agenda 2010 dazu beigetragen, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung den Sozialabbau ablehnt. Die Aktionen der Gewerkschaften waren mit ursächlich dafür, dass die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für Ältere wieder verlängert wurde und die Rente stärker als vorgesehen erhöht wurde. Das ist zwar noch unzureichend, zeigt aber, dass kontinuierlicher Druck etwas bewirken kann. Mit der Initiative Neuer Generationenvertrag wollen wir den Druck erhöhen und uns darauf vorbereiten, in die Bundestagswahlen einzugreifen.

Der Wettbewerbseinwand

»Rentenversicherungsbeiträge sind Lohnkostenbestandteile. Steigen die Beiträge, sind wir nicht mehr wettbewerbsfähig«, wird gesagt.

Die Arbeitgeberbehauptung, dass die Erhöhung der Löhne sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirkt, ist so alt wie falsch. Aber selbst wenn: Eine moderate Anhebung des

Beitragssatzes bis zum Jahr 2030 auf 24 Punkte (die Bundesregierung will nur 22 Prozent) würde kaum Auswirkungen auf den Anteil der Lohnkosten an den gesamten Produktionskosten beinhalten. Beispielweise würde der Lohnkostenanteil in der Metallverarbeitung gerade mal um 0,2 Prozentpunkte ansteigen.

Lohnstückkosten im Vergleich: Deutschland ist wettbewerbsfähig

